67. Jahrgang Nr. 34

Berliner

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 26. Januar 1919

Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentl. oder M. 1,30 monatl., Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M 1,30 u. vierteljährlich M. 3,90. Feldpost-Abonnements M. 1,30 monatl. Insertionspreis die Zeile 80 Pf. mit 35 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 35 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 40% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Exped.: SW. Jerusalemer Str. 46-49. — Tel.: Zentrum Nr. 10181-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, [illegible] Allee 126, [illegible] Allee 346, Gr. Frankf. Str. 104, [illegible] Str. 107, Schönh. Allee 144, Schönhauser Allee 4, Feinstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 3, [illegible]straße 61, Potsd. Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 89, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Sömarrenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Cailsr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 85; Brandenburg: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW.

Auf zur Preußenwahl!

O. N. Am heutigen Sonntag soll die Nationalversammlung für Preußen gewählt werden. Wiederum ergeht an Männer und Frauen der Ruf: an die Wahlurne! Der 26. Januar muß vollenden, was der 19. verheißungsvoll begann. Es gilt jetzt, in Preußen die gleiche politisch-parlamentarische Machtverteilung zu schaffen, wie sie durch den Ausfall der Reichswahlen für die Nationalversammlung entstanden ist. Es darf nicht wieder so kommen, daß in Preußen eine andere Mehrheit regiert als im Reiche. Das Volk muß genügend politische Reife zeigen, um eine gewisse Gleichartigkeit der Mehrheitsverhältnisse in den Bundesstaaten und im Reiche zu schaffen. Süddeutschland ist mit gutem Beispiel vorangegangen. In Baden, Bayern und Württemberg hat die Deutsche demokratische Partei die gleiche ausschlaggebende Stellung wie im Reiche erlangt. Soll Preußen diese politische Einheitslinie nicht stören, so ist es vor allem nötig, daß die heutigen Wahlen keine sozialdemokratische Mehrheit für Preußen ergeben. Diese Gefahr besteht; denn die sozialdemokratische Mehrheit in der deutschen Konstituante ist im wesentlichen durch die süddeutschen Ergebnisse verhütet worden. Eine sozialdemokratische Mehrheit im größten Bundesstaat müßte eine einheitliche Reichspolitik ähnlich hindern wie früher, wo im Reiche die Mehrheitsverhältnisse anders lagen als im preußischen Dreiklassenlandtage. Hinzu kommt, daß gerade die Frage der Sozialisierung in Preußen viel wirtschaftliche Unruhe hervorzurufen vermag. Soll die Stetigkeit unserer Politik künftig gewährleistet sein, so wird es darum notwendig werden, am heutigen Wahltag die Position der Deutschen demokratischen Partei noch etwas zu verstärken.

Ganz besonders gilt es aber die Rückenstöße von rechts her abzuwehren. Die „Deutschnationalen" und die „Deutsche Volkspartei" führen den Wahlkampf fast ausschließlich gegen die Deutsche demokratische Partei, und das mit ihnen verbündete Zentrum überbietet sich dabei an Hilfeleistungen. Die geeinte Reaktion geht wieder mit verbundenen Listen vor, und ihre Kampfmethoden sind gegenüber der Reichswahl womöglich noch unsauberer geworden. Mit dem schäbigen Mittel der Judenhetze versucht man Stimmenfang. Es ist interessant, daß draußen im Lande die reinen Antisemiten eine völlige Niederlage erlitten haben. Weder Herr Werner-Gießen noch der patriotische Herr Lattmann sind in die Nationalversammlung gelangt, obwohl der erstere an der Spitze einer Liste stand, während Herr Lattmann in Hessen-Nassau zweiter war. Im Lande hat man dem Antisemitismus eine gründliche Abfuhr bereitet. Will Berlin jetzt auf den Antisemitenschwindel hineinfallen, der auf den hessischen Dörfern nicht mehr zieht? Auch gestern haben die Deutschnationalen wieder Plakate angeklebt, die da behaupten, die Regierung bestehe zu 90 Prozent aus Juden, wer da wolle, daß es 100 Prozent würden, der solle demokratisch wählen. Ein um so kläglicherer Wahlmanöver, als zurzeit keiner der Volksbeauftragten Jude ist. Aber was schert das antisemitische Gesindel die Wahrheit. Sie lügen nach der Methode des alten Wortes: Audacter calumniare semper aliquid haeret (Verleumde nur tüchtig drauf los, etwas bleibt immer hängen.) Es ist heute Ehrensache der Groß-Berliner Wähler, diesen Volksbetrügern eine Absage zu erteilen!

Ihr neuester Trick war die „Zerstückelung" Preußens. Da der Staatssekretär Dr. Preuß in seinem Entwurf für die Reichsverfassung die Zerlegung Preußens in acht Republiken vorschlägt, glaubten sie hier ein willkommenes Agitationsmittel gefunden zu haben, das die Wähler alle konservativen Sünden vergessen machen könnte. Die Frage wurde von ihnen auch gleich „großzügig" angeschnitten. In bunten Bildern, in allen Zeitungen und in unzähligen Flugblättern versuchen sie sich als die „Retter Preußens" mit marktschreierischer Reklame anzupreisen. Nun, wer Preußen und das Reich auf den heutigen Tiefstand heruntergewirtschaftet hat, ist allmählich jedem politischen Kinde klar. Die Agrarkonservativen, die heute „Deutschnational" firmieren, haben durch die jahrzehntelange Verweigerung jeder Reform in Preußen Wind gesäet, und wenn wir jetzt Sturm ernten, so ist das die schwere Schuld der konservativen Wahlrechts- und Reformfeindschaft. Sie hatten Preußen zum rückständigsten Staate herabgedrückt und damit auch dem deutschen Namen in der ganzen Welt geschadet. Heute suchen sie den Anschein zu erwecken, als hätten sie alte Fehler eingesehen. Aber man darf ihnen ja nichts glauben! Sie bringen es fertig, die belastetsten Wahlrechtsfeinde wieder zu präsentieren. So steht an der Spitze der deutschnationalen Liste für Potsdam 1—9 Herr Lüdicke aus Spandau, der gehässigste Feind des gleichen Wahlrechts im alten Dreiklassenhause. Als dritter auf der gleichen Liste erscheint Dr. Rösicke, der Mann des Bundes der Landwirte, der gleichfalls stets nur Spott und Hohn für ein gerechtes Wahlrecht hatte. An der Spitze der Liste für Potsdam 10 (Teltow-Charlottenburg) steht Herr Hammer, ein Mann, der gleichfalls hartnäckig das gleiche Wahlrecht in allen Lesungen ablehnte! So haben sich die Konservativen angeblich „gewandelt"! Ihre ganze Agitation gegen die Demokratie ist aufgebaut auf einer großen Lüge! Gerade wer wirklich deutschnational denkt, der muß die Bundesstaaten schwächen und das Reich stärken. Alles, was partikularistisch denkt, stürzt sich jetzt auf den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß. Auch wir halten seine Vorschläge nicht für richtig, und die Deutsche demokratische Partei lehnt sie in ihrer gegenwärtigen Leitung ebenfalls entschieden ab. Aber die Preuß'sche Tendenz, das Reich auf Kosten der Bundesstaaten zu stärken, muß jeder unterstützen, der die Reichserhaltung wünscht. Nur eine starke Annäherung an den Zentralstaat macht den Bundesstaat erträglich. Ist die Reichseinheit aber fest in der Verfassung verankert, dann schadet eine provinzielle Dezentralisierung auch nicht, aber sie darf sich nicht bis zur Bildung von Sonderstaaten entwickeln, deren Lebens- und Leistungsfähigkeit ebenso fraglich ist wie ihre Zweckmäßigkeit. Diese Fragen können aber unmöglich unter dem agitatorischen Gesichtswinkel behandelt werden. Die Konservativen spekulieren auf den Mangel an staatsbürgerlicher Bildung, wenn sie einige Schlagworte in die Masse werfen.

Unser Ruf ergeht an die denkenden Wähler und Wählerinnen. Das neue Preußen wird ebensowenig ein schlechteres sein, wie das Preußen der Stein und Hardenberg nicht schlechter war als das friderizianische. Die neue Zeit erfordert einen neuen Geist und neue staatliche Formen. Im übrigen gilt aber auch heute noch das Wort des alten Demokraten Franz Ziegler: „Das Herz der Demokratie ist dort, wo Preußens Fahnen wehen!"

Auf zur Wahl, wählt die demokratischen Listen!

Die demokratischen Kandidaten für Groß-Berlin.

Die Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung.

Wähler, Männer und Frauen, gebt heute bei den Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung folgende Deutsch-demokratische Stimmzettel ab:

Stadt Berlin.

1. Dr. Ernst Troeltsch, Universitätsprofessor.
2. Oscar Cassel, Notar.
3. Dr. Hugo Preuß, Staatssekretär des Innern.
4. Wilhelm Flügel, Lehrer.
5. Frieda Wunderlich.
6. Hermann Englert, Verbandssekretär. 7. Dr. Otto Mugdan, Arzt. 8. Carl Löhning, Stadtrat. 9. Dr. Kurt Köhler, Direktor. 10. Leopold Rosenow, Kaufmann. 11. Paul Lucht, Hutmachermeister. 12. Dr. Maximilian Runze, Pfarrer. 13. Marie v. Bunsen. 14. Alexander Prentzel, Geh. Regierungsrat. 15. Eduard Selchow, Eisenbahn-Wagenaufseher. 16. Eduard Jordan, Gewerkvereinssekretär. 17. Ernst Imming, Dentist. 18. Dr. Hans Kaufmann, Rechtsanwalt. 19. Dr. Friedrich Cauer, Lyzealdirektor. 20. Ernst Schrader, Polizeiwachtmeister. 21. Bernhard Crostewitz, Lyzeallehrer.

Potsdam 1—9.

1. Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg, Charlottenburg, Hardenbergstraße 1.
2. Bankdirektor Emil Wiglow, Brandenburg a. H., Steinstraße 8.
3. Staatsarbeiter Otto Hoffmann, Berlin-Lichtenberg, Wuhlestraße 2.
4. Bauer Otto Liese, Haverland (Wilsnack).
5. Rechtsanwalt und Notar Dr. Ernst Gumpert, Luckenwalde, Breitestraße 36.
6. Pfarrer Dietrich Graue, Berlin C. 2, Bischofstraße 4—5. 7. Buchdruckereibesitzer Fritz Wenckebach, Rathenow, Berliner Straße 20. 8. Oberlehrerin Dr. Elsbeth Schwenke, Charlottenburg, Drohsenstraße 17. 9. Rektor Ernst Buhtz, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorfer Straße 3. 10. Lokomotivführer a. D. Georg Rabe, Berlin-Friedenau, Hertelstraße 10. 11. Klempnermeister Paul Brötler, Luckenwalde, Haag 27. 12. Bandagist und Stadtrat Karl Mittag, Eberswalde, Mühlenstraße 22. 13. Schleusenmeister Robert Fischer, Grafenbrück bei Marienwerder, Bezirk Potsdam. 14. Kaufmännische Angestellte, Diplom. Handelslehrerin Jenny Graf, Berlin C. 54, Auguststraße 49. 15. Handschuhmachermeister Karl Dittmann jun., Bernau (Mark), Kurfürstenstraße 5.

Potsdam 10.

1. Lehrer Otto, Charlottenburg.
2. Oberbürgermeister Dominicus, Berlin-Schöneberg
3. Geheimer Justizrat Dr. Liepmann, Charlottenburg.
4. Fräulein Dr. v. Harnack, Berlin-Grunewald.
5. Kassenverwalter Eisenbahnarbeiter Klank, Berlin-Steglitz.
6. Landwirt Welter, Zossen. 7. Ingenieur Mahlow Berlin-Schöneberg. 8. Realschuldirektor Mattes, Berlin-Adlershof. 9. Gemeindesekretär Stausch, Berlin. 10. Kaufmann Perl, Charlottenburg. 11. Stadtrat Lindner, Neukölln. 12. Geh. Exp.-Sekretär Dölz, Vorsitzender des Beamtenwirtschaftsvereins Berlin-Steglitz. 13. Fräulein Dr. Berliner, Berlin-Schöneberg.

Die erste Aufgabe der Nationalversammlung.

Einsetzung einer neuen Regierung.

Die gestrige Nachmittagssitzung des Kabinetts mit den Vertretern der Bundesstaaten zeigte, wie die „P. P. N." mitteilen, daß eine starke Tendenz zum Einheitsstaat vorhanden ist, daß aber die Schwierigkeiten, welche dieser Lösung im Wege stehen, als sehr groß empfunden werden und tatsächlich auch so groß sind, daß eine radikale Entwicklung nicht wahrscheinlich ist.

Zum Einheitsstaat bekannte sich besonders warm das Mitglied der Reichsregierung Landsberg. Als ein besonders bedenkliches Symptom für den noch immer grassierenden Partikularismus bezeichnete er den Umstand, daß die Kriegsgewinnsteuer nicht einheitlich durchgeführt werden konnte, sondern durch Widerspruch Bayerns erhebliche Einschränkungen erlebt.

Auch der preußische Minister für Handel und Industrie, Fischbeck, bekannte sich als Unitarier. Da er aber in der Politik die Kunst des Möglichen sieht, so glaubt er nicht an eine glatte Ueberwindung aller der Uebelstände, die sich einer sofortigen Ueberleitung der jetzigen Reichsverfassung in eine rein unitarische entgegenstellen. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß der Verfassungsentwurf einen starken Mangel zu haben scheint, da, was er mit Preußen beabsichtige, eine Umkehr des Prinzips des Einheitsstaates, nämlich die Zerschlagung einer im großen Ganzen bewährten Verwaltungseinheit darstelle.

Volksbeauftragter Ebert regte darauf an, daß, da die **Regierung entschlossen sei, sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ihre Portefeuilles zur Verfügung zu stellen** und der Nationalversammlung als erste Aufgabe die **Einsetzung einer neuen Reichsregierung** zu überlassen, heute eine Kommission eingesetzt werde, der die Vertreter aller deutschen Freistaaten angehören sollen und die alle in der heutigen Sitzung gegebenen Anregungen verarbeiten möge. Diese Anregung verdichtete sich zu folgendem Antrag:

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Dr. Hugo Preuß tritt Sonntag eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der deutschen Freistaaten angehören würden, um den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes zu beraten, welcher der Nationalversammlung zur sofortigen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Das Grundgesetz sieht lediglich die Einsetzung einer Zentralgewalt, die Bildung eines Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der deutschen Freistaaten bei der Nationalversammlung vor. Der Kommission wird weiter der vorliegende Verfassungsentwurf zur Beratung überwiesen. Die Berichte der Kommission gehen an die Reichsleitung.

In seinen zusammenfassenden Schlußausführungen erklärte sich der Staatssekretär des Reichsamts des Innern von der Aussprache

Alle Stimmen für ein freies Preußen!